

GERMAN-FOREIGN-POLICY.COM

Informationen zur deutschen Außenpolitik : Nachrichten + Interviews + Analysen + Hintergrund

Das Brüsseler Abkommen 15.07.2015

BERLIN/ROM/PARIS (Eigener Bericht) - Die Ergebnisse des Brüsseler Abkommens über Griechenland werden in mehreren Ländern West- und Südeuropas als Vorzeichen eines kommenden Zusammenbruchs der kontinentalen Nachkriegsordnung und einer Rückkehr Deutschlands zur offen auftretenden Diktatorialmacht gewertet. Während sozialdemokratische Beobachter eine Beruhigung der Widersprüche nicht ausschließen wollen, sprechen unter anderem konservative Medien in Südeuropa von einer Neuauflage deutscher Herrschaftsansprüche, die sowohl den Ersten wie den Zweiten Weltkrieg maßgeblich bestimmten oder ausgelöst haben. Im Zentrum der Befürchtungen stehen die Folgen der französisch-italienischen Unterwerfung bei den Verhandlungen in Brüssel, wo es Paris nicht gelang, das deutsche Souveränitätsdiktat gegen Griechenland abzuwehren, während Rom einen solchen Versuch ernsthaft nicht unternahm. Sowohl Italien wie Frankreich müssen fürchten, die nächsten Opfer der deutschen Finanzdiktatur zu werden, und konkurrieren um die erhoffte Aufnahme in ein nordeuropäisches Kerneuropa, über dessen Teilnehmer Berlin entschieden wird, sollte es zu dem für möglich gehaltenen Bündnisbruch kommen. Die jetzigen Ereignisse gehen auf zielgerichtete Bemühungen der deutschen Außenpolitik in den 1990er Jahren zurück und stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der territorialen Erweiterung der ökonomischen Basis Deutschlands durch die sogenannte Wiedervereinigung.

Die Last der Geschichte

Von einer Neuauflage deutscher Herrschaftsansprüche sprechen Kommentatoren unterschiedlicher politischer Orientierung beispielsweise in Italien. "Griechenland steht an der Wand", titelte die liberale "La Repubblica" anlässlich der Brüsseler Verhandlungen am vergangenen Sonntag und stellte fest, "die Euro-Gruppe" sei "in der Hand der deutschen Falken"; Athen sei "einer Serie von Diktaten" ausgesetzt, "eins härter als das andere". "Die Falken fliegen im Triumph über den Himmel Europas", hieß es weiter, "und oktroyieren Tsipras ein unmögliches Ultimatum, ähnlich jenem, das Österreich den Serben setzte und mit dem der Erste Weltkrieg begann".[1] "Das Ende der Unschuld ist erreicht, da jetzt jeder zweifelsfrei weiß, wer (in der EU, d. Red.) der eigentliche Zuchtmeister ist", hieß es in "Il Messaggero": "Der eigentliche Zuchtmeister ist Deutschland." Das konservative Blatt fuhr fort: "Sedan kehrt zurück, als Deutschland 1870 Frankreich zertrat" - und später "die Botschaft Bismarcks nicht befolgte", sich nicht Feinde im Westen und im Osten zugleich zu schaffen. Tatsächlich habe sich Berlin auch noch nach dem Ersten Weltkrieg "überall Feinde" gemacht, rief "Il Messaggero" in Erinnerung - ausgenommen allenfalls "Vasallenstaaten" im Norden Europas oder in den 1930er Jahren zeitweise Polen, "das aufgrund seiner eigenen schmerzhaften Geschichte nicht anders meinte handeln zu müssen, als seinen Hass gegen die Russen zu richten". Der Kommentator urteilte: "Die Last der Geschichte kehrt wieder und scheint unüberwindbar."[2]

Dieselbe Arroganz

Historisch begründete Warnungen werden auch in Frankreich laut. "Deutschland will Griechenland zerschmettern, indem es es unter der Drohung eines Grexit zwingt, einen tödlichen Plan totaler Unterwerfung zu akzeptieren", schrieb am Wochenende der Vorsitzende des Parti de Gauche, Jean-Luc Mélenchon, auf Twitter.[3] Über den Hintergrund hatte er sich zuvor ausführlicher geäußert. "Zum dritten Mal in der Geschichte ist der Starrsinn einer deutschen Regierung dabei, Europa zu zerstören", hatte Mélenchon in einer TV-Sendung erklärt. Natürlich könne man der Bundesrepublik auf der Ebene der Ideologie keine Nähe zu ihren Vorgängerstaaten unterstellen; doch zeige Berlin "dieselbe Arroganz, dieselbe Blindheit" wie in früheren Phasen seiner Herrschaftsgeschichte.[4]

Aggressive Finanzpolitik

Unterbelichtet bleibt dabei immer wieder die Tatsache, dass Berlin nicht erst seit 2015 mit einer weiteren Radikalisierung seiner aggressiven Wirtschafts- und Finanzpolitik droht. Tatsächlich gehen die jetzigen Ereignisse auf zielgerichtete Bemühungen der deutschen Außenpolitik in den 1990er Jahren zurück und stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der territorialen Erweiterung der ökonomischen Basis Deutschlands durch die sogenannte Wiedervereinigung. Letztere wurde, wie ein populärer Mythos besagt, erkaufte durch die Einwilligung des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl in die Einführung einer einheitlichen EU-Währung - des Euro. Tatsächlich ließ Bonn sich damals nur unter der Bedingung auf die Gemeinschaftswährung ein, dass - so formulierte es vor zwei Jahren ein Beobachter rückblickend - "die Spielregeln der Währungsunion und das europäische Zentralbanksystem seinerzeit zu einem guten Teil nach dem Vorbild deutscher Regeln und der Deutschen Bundesbank konstruiert" wurden. "Der Euro spricht deutsch", erklärte 1998 der damalige Bundesfinanzminister Theo Waigel.[5] Dank des Euro mit seiner spezifisch deutschen Prägung ist es der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren gelungen, ihre ökonomische Stärke

gegenüber den anderen Staaten der Eurozone voll auszuspielen und zahlreiche von ihnen in ein - schuldenförderndes - exzessives Außenhandelsdefizit zu treiben. Aus Frankreich etwa flossen 2014 gut 34,5 Milliarden Euro nach Deutschland ab, aus Griechenland immer noch mehr als 3,2 Milliarden Euro. Die deutschen Austeritätsdiktate, die letzten Endes die Mittelabflüsse in die Bundesrepublik sichern sollen, sind ein Resultat der in den 1990er Jahren durchgesetzten deutschen Prägung des Euro.

Kerneuropa

Wolfgang Schäuble, der heute im Amt des Finanzministers die Spardiktate exekutiert, hat in den 1990er Jahren ebenfalls dazu beigetragen, die deutsche Machtbasis zu schaffen, die Berlin nun den unaufhaltsamen Durchmarsch ermöglicht. Schäuble, der Anfang der 1980er Jahre als Präsident der "Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen" - zu deren Beratern gehörte unter anderem ein früherer NS-Spezialist für Grenzsubversion, Theodor Weiter [6] - erste wirtschaftliche Ausgriffe nicht zuletzt nach Frankreich organisierte, half nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus und der Übernahme der DDR nicht nur, auf gestärkter Basis die EU-Osterweiterung durchzusetzen.[7] Dieser Schritt brachte die Bundesrepublik in klaren Vorteil gegenüber Frankreich, dessen traditionelle Einflusszone rings um das Mittelmeer und in der afrikanischen Frankophonie nicht in vergleichbarer Weise an die EU angebunden wurde. Schäuble entwickelte Mitte der 1990er Jahre zudem das "Kerneuropa"-Konzept, dem zufolge "ein starkes Zentrum" um Deutschland in der EU einen eng integrierten "Kern" zu bilden hatte, der die EU nicht nur zusammenhalten, sondern faktisch auch ihre Politik vorgeben sollte.[8] Einen solchen Kern stellt heute unter anderem die Eurogruppe dar, die am Sonntag äußerst weitreichende Entscheidungen traf, bei denen es um nichts Geringeres als den Bestand der EU in ihrer heutigen Form ging. Nicht mitentscheiden konnten neun Mitgliedstaaten, darunter Großbritannien, Schweden und Polen. Der Eurogruppen-Kern ist eines der Formate, die es Berlin heute ermöglichen, dem Staatenbund seinen Stempel aufzudrücken.

Nichts erreicht

Die Hoffnung, über die Zugehörigkeit zum EU-"Kern" die Geschicke "Europas" auch dann noch mitbestimmen zu können, sollte es in der Eurozone zum Bruch mit einzelnen oder mehreren Mitgliedern wie etwa Griechenland und weiteren Staaten Südeuropas kommen, prägt die Politik Frankreichs und Italiens bis heute. Beide Länder fallen ökonomisch immer weiter hinter Deutschland zurück und müssen - vor allem Italien - fürchten, unter Austeritätsbedingungen in einen - der Entwicklung Griechenlands nicht unähnlichen - Abwärtssog gezogen zu werden. Entsprechend hatte der französische Präsident François Hollande vor dem Eurogruppen-Gipfel am Sonntag mehrfach entschlossen angekündigt, sich für Erleichterungen und für einen Schuldenschnitt für Griechenland einzusetzen; der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi hatte erklärt: "Zu Deutschland sage ich: Genug ist genug." [9] Letztlich mussten sich beide dem deutschen Druck fügen; erreicht haben sie nichts. Dass sie mit der Unterwerfung unter Berlin ihre Position auf Dauer gesichert haben, kann angesichts der ökonomischen Entwicklung beider Länder bezweifelt werden. Auch dies wäre in der Geschichte nicht neu: Die Hoffnung, der deutschen Aggression entkommen zu können, lag etw auch dem Münchner Abkommen vom September 1938 zugrunde, mit dem Großbritannien, Frankreich und Italien das Deutsche Reich durch die Zustimmung zur Okkupation der "Sudetengebiete" zu beschwichtigen suchten.[10] Wenig später wurden sie selbst zu Opfern der deutschen Aggression.

Ohne oder gegen die USA

Das Resultat des Brüsseler Gipfels kommentiert "Il Messaggero" aus italienischer Perspektive: "Heute wird das Ende der Unschuld von einem fürchterlichen Schweigen (Italiens, d. Red.) in der internationalen Arena begleitet". Deutschland hingegen "glaubt die Herrschaft in Europa übernehmen zu können". Dies geschieht, wie der Kommentator des "Messaggero" mit Blick auf die weltpolitischen Perspektiven Berlins ausdrücklich vermerkt, "ohne oder gegen die USA". [11]

Mehr zum Thema: [Von Irrläufern, Zockern und Bürschen](#) , [Die strategische Flanke](#) , [Austerität um jeden Preis](#) , [Zum Teufel gejagt](#) , [Das Referendum als Chance](#) , [Die erste Niederlage](#) , [Countdown für Athen](#) , [Austerität oder Demokratie](#) , [Austerität oder Demokratie \(II\)](#) und [Die Politik des Staatsstreichs](#) .

[1] Andrea Bonanni in: La Repubblica 13.07.2015.

[2] Giulio Sapelli in: Il Messaggero 13.07.2015.

[3] Grèce: quand l'Allemagne de Merkel est comparée à celle d'Hitler. www.lefigaro.fr 13.07.2015.

[4] Mélenchon: "Pour la 3e fois, un gouvernement allemand est en train de détruire l'Europe". bfmbusiness.bfmtv.com 12.07.2015.

[5] Beat Gygi: Der Euro spricht neudeutsch. www.nzz.ch 28.09.2013.

[6] S. dazu [Hintergrundbericht: Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen \(AGEG\)](#) .

[7] Wolfgang Schäuble begründete seine Forderung, den deutschen Vorstellungen nachzukommen, in einem am 55. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen publizierten Papier folgendermaßen: "Ohne eine solche Weiterentwicklung der (west-)europäischen Integration könnte Deutschland aufgefordert werden oder aus eigenen Sicherheitszwängen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europa alleine und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen." Wolfgang Schäuble, Karl Lamers: Überlegungen zur europäischen Politik. 01.09.1994.

[8] Wolfgang Schäuble, Karl Lamers: Überlegungen zur europäischen Politik. 01.09.1994.

[9] S. dazu [Die Politik des Staatsstreichs](#) .

[10] Der damalige tschechoslowakische Außenminister Kamil Krofta erklärte in Reaktion auf das Münchner Abkommen: "Im Namen des Präsidenten der Republik sowie meiner Regierung erkläre ich,

daß wir uns den in München ohne uns und gegen uns getroffenen Entscheidungen unterwerfen. [...] Ich will nicht kritisieren, aber das ist für uns eine Katastrophe, die wir nicht verdient haben. Wir unterwerfen uns und werden uns bemühen, unserem Volk ein ruhiges Leben zu sichern. Ich weiß nicht, ob von dieser in München getroffenen Entscheidung Ihre Länder Vorteil haben werden. Allein, wir sind nicht die letzten, nach uns werden andere betroffen werden." Zitiert nach: Boris Celovsky: Das Münchener Abkommen 1938. Stuttgart 1958.
[11] Giulio Sapelli in: Il Messaggero 13.07.2015.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com